

Ernährungspolitische Vielköpfer

In Deutschland entstehen die ersten Ernährungsräte. Sie sind Teil einer globalen Bewegung für eine Ernährungs- und Agrarwende.

Von Alessa Heuser und Christine Pohl

Ernährungsräte schaffen Räume, in denen Ernährungspolitik wieder auf regionaler Ebene gemacht wird. Sie sind politische Werkzeuge, Lückenfüller und Plattformen der Begegnung. Ihren Ursprung haben sie als Food Policy Councils im angelsächsischen Raum. In Deutschland steht diese Bewegung noch am Anfang. Doch was machen Ernährungsräte eigentlich? Und was hat ihre Gründung im globalen Norden mit dem globalen Süden zu tun?

Sie erzeugen regionales Biogemüse, bepflanzen urbane Gärten, stärken die Vermarktungswege zwischen Stadt und Umland, retten essbare Lebensmittel vor der Mülltonne, kartieren essbare Landschaften, um diese für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen, und setzen sich für mehr Gerechtigkeit im Welternährungssystem ein. Seit Mai dieses Jahres kommen Aktive der Ernährungsszene aus Berlin und Umgebung zusammen, um einen zivilgesellschaftlichen Ernährungsrat für die Region aufzubauen.

Dabei haben sie vor allem eines im Sinn: Sie wollen das Ernährungssystem in der Hauptstadtregion zukunftsfähig machen. Und zwar mit einem Gremium, das längerfristig einen Raum für lokale Ernährungspolitik schafft. Marita Wiggerthale von Oxfam Deutschland beobachtet, dass Ernährung ein Thema ist, das immer mehr Menschen in Berlin umtreibt: „Vielfältige Initiativen zeigen Alternativen auf, bringen Bauern und Städter zusammen. Sie stehen für eine Ernährung der Zukunft: bäuerlich, ökologisch nachhaltig, regional und fair“. Für diesen Wandel müssten Stadt und Region stärker zusammenkommen, denn die dort lebenden Menschen hätten das Recht, die Ernährungspolitik mitzubestimmen, so die Agrarexpertin.

Alle an einem Tisch

Während Ernährungsräte in Deutschland bisher nahezu unbekannt sind, spielen sie als Politikinstrument im angelsächsischen Raum schon seit einiger Zeit eine größere Rolle. Food Policy Councils bringen Menschen zusammen, denen es nicht egal ist, wie unsere Lebensmittel produziert, verteilt, verbraucht und schließlich entsorgt werden.

Im Jahr 2012 gab es bereits 180 US-amerikanische und bis zu 59 kanadische Ernährungsräte auf verschiedenen institutionellen Ebenen (kommunal, bundesstaatlich oder national). Auch in einigen europäischen Städten etablieren sich Ernährungsräte, beispielsweise in London, Bristol, Athen und Amsterdam. Dabei existieren sie in verschiedenen Formen (als Nichtregierungsorganisation, als Verein, als städtischer Beirat oder als lose Initiative) und bestehen meist aus zehn bis zwanzig Mitgliedern.

Das Spannende an Ernährungsräten ist, dass jede/r mitmachen kann. Natürlich ist das Fachwissen von Menschen aus der Lebensmittelerzeugung, der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik oder der Ernährungsbildung gefragt, wenn es darum geht, wie wir die Versorgungsstrukturen in unseren Regionen sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger gestalten können. Doch im Grunde genommen macht die Tatsache, dass wir alle essen müssen, jede und jeden zur ExpertIn in Sachen Ernährung und damit auch zu MitgestalterInnen unseres Ernährungssystems.

Dass diese Mitgestaltung bitter nötig ist, liegt auf der Hand. Denn unser derzeitiges Ernährungssystem führt uns in die Sackgasse. Die natürlichen Lebensgrundlagen wie Land, Wasser und biologische Vielfalt werden ausgebeutet und zerstört. Hohe Treibhausgasemissionen heizen den Klimawandel an. Von den Folgen wie Bodendegradation, Dürren oder Überschwemmungen sind in erster Linie in Armut lebende Menschen, insbesondere im globalen Süden, betroffen.

Tierfabriken, patentiertes Saatgut, Monokulturen, und Land Grabbing sind charakteristische Beispiele für eine fehlgeleitete industrialisierte Landwirtschaft und eine an den Interessen großer Konzerne ausgerichtete globale Agrarpolitik. Gleichzeitig geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Globale Gerechtigkeit: Fehlangeize!

Nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in der Wissenschaft kommen immer mehr Zweifel auf, ob dieses Landwirtschaftsmodell mit seinen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt und der starken Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Mineräldüngern Zukunft hat.

So zeigt der von über 500 WissenschaftlerInnen verfasste Weltagrarbericht klar und deutlich, dass die Zukunft der Ernährung in ökologischen Anbaumethoden und der kleinbäuerlichen, regionalen Landwirtschaft liegt. Sie zu stärken ist das vielversprechendste Mittel, um Hunger und Fehlernährung zu bekämpfen. Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft sind dringend notwendig, denn diese schafft Einkommen, sichert (geschlechter-) gerechte Sozialgefüge und traditionelles Wissen, und sorgt dafür, dass Lebensmittel dort zur Verfügung stehen, wo sie gebraucht werden.

Ernährungssouveräne Politik machen

Die Förderung eines alternativen Landwirtschaftsmodells weltweit bedeutet, dass wir in Deutschland auf regionaler Ebene zukunftsfähige Ernährungsstrategien entwickeln müssen – denn über das Ernährungssystem sind wir im globalen Norden mit dem Süden verbunden. Um Tiere in unseren Tierfabriken zu füttern, nutzen wir große Flächen Ackerland im Süden. Treibhausgasemission, die im Zusammenhang mit der Erzeugung von Nahrungsmitteln für den Norden stehen, zeigen verstärkt in südlichen Regionen eine negative Wirkung. Politiken der Deregulierung und Liberalisierung des Agrarsektors beschneiden die Ernährungssouveränität der Menschen im Süden.

Die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) nehmen uns in die Pflicht, Strategien zu entwerfen, die weder hier noch anderswo Ressourcen unwiderprüflich ausbeuten oder Menschenrechte verletzen.

Doch auf regionaler Ebene werden sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Ernährungsstrategien in Deutschland bisher kaum diskutiert. Die Bundeshauptstadt Berlin beispielsweise hat keinerlei Strategie für eine zukunftsfähige Ernährung ihrer 3,5 Millionen EinwohnerInnen. Zwar liegen bei unterschiedlichen Senatsverwaltungen Zuständigkeiten im Bereich Ernährung (z.B. Stadtentwicklung und Umwelt, Gesundheit, Verbraucherschutz), es gibt jedoch bisher keine Koordinationsstelle, die sich mit integrierter Ernährungspolitik beschäftigt. Auch die Vielzahl der Ernährungsinitiativen und -akteure in Berlin und dem Umland sind bislang sektorübergreifend kaum miteinander verknüpft.

Ernährungsräte haben Potenzial, diese Lücke zu schließen. Sie schaffen Räume, in denen viele verschiedene Akteure zusammenkommen, um gemeinsam Visionen, Strategien und Forderungen für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem in der Region zu entwickeln.

„Sie können die politische Kraft entfalten, um Ernährung zur neuen Aufgabe der Städte und Kommunen zu machen, und zur Entwicklung regionaler Ernährungskreisläufe beitragen“, so Wilfried Bommert vom Institut für Welternährung.

In einigen Ernährungsräten wurden offizielle Ernährungsstrategien erarbeitet. Sie dienen als gute Anhaltspunkte, um kommunale Politik ernährungssouverän auszurichten. Was an der Tagesordnung ist, variiert von Rat zu Rat, denn Ausgangslagen, Interessen und die Zusammensetzung der Akteure sind in jeder Region verschieden. An ihnen richten sich die Aktivitäten und Projekte aus.

Oft sind es jedoch ähnlichen Themen, die die Mitwirkenden in Ernährungsräten bewegen: Zum Beispiel die Förderung urbaner Landwirtschaft, die Bekämpfung sozialer Benachteiligung im Ernährungssystem, die Verbesserung von Gemeinschaftsverpflegung in Schulen oder sozialen Einrichtungen sowie die Stärkung der Beziehungen zwischen StadtbewohnerInnen und ErzeugerInnen im Umland. Vielerorts haben Ernährungsräte bereits zu einem Wandel beigetragen. In Toronto beispielsweise hat der Rat das Anlegen von städtischen Dachgärten initiiert und in Bristol organisiert er die Begegnung zwischen VerbaucherInnen und ErzeugerInnen in regionalen Versorgungsstrukturen.

Schaffen wir zwei, drei, viele Ernährungsräte!

Die Entstehung von Ernährungsräten an vielen Orten der Welt kann als globale Bewegung verstanden werden, die die Kontrolle über das Ernährungssystem nicht mehr internationalen Märkten und Konzernen überlassen will. Auch die Berliner Ernährungsszene ist nun Teil dieser Bewegung. In Köln befindet sich ebenfalls ein Ernährungsrat in Gründung – damit sind die beiden Städte ernährungsdemokratische Vorreiterinnen in Deutschland.

Sie bleiben hoffentlich nicht die einzigen, denn es ist höchste Zeit, die Ernährungspolitik auf die lokale Ebene zurückzuholen und zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftsstrukturen zu entwerfen, die weder hier noch im globalen Süden Umwelt verschmutzen oder Menschen ausbeuten. Dies ist das Wertvolle daran, ernährungssouveräne Politik zu machen: Als Mitwirkende in Ernährungsräten machen wir selbst die Spielregeln und holen uns die Kontrolle über unser Essen zurück!

Alessa Heuser ist Campaignerin für Welternährung und Landwirtschaft beim INKOTA-netzwerk.

Christine Pohl ist Fachpromotorin für zukunftsfähiges Wirtschaften beim INKOTA-netzwerk im Rahmen des Eine-Welt-PromotorInnen-Programms „Berlin entwickeln“.